



**Prof. Dr. Helge Braun**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundesminister

Prof. Dr. Helge Braun, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Basler Mission Deutschland  
z.Hd. Herrn Johannes Stahl  
Vogelsangstraße 62  
70197 Stuttgart

Berlin, den 6. Juli 2018  
Bezug:

**Prof. Dr. Helge Braun, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-79379  
Fax: +49 30 227-76954  
helge.braun@bundestag.de

**Bürgerbüro Gießen:**  
Spenerweg 8  
35394 Gießen  
Telefon: +49 641-41056  
Fax: +49 641-41054  
giessen@helge-braun.de

**Bürgerbüro Vogelsberg:**  
Hofwiesenweg 5a  
36304 Alsfeld  
Telefon: +49 6631-2558  
Fax: +49 6631-3066  
vogelsberg@helge-braun.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bundesminister

## **Bürgerkrieg in Kamerun**

Sehr geehrter Herr Stahl,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage, in der Sie auf die derzeitige Situation in Kamerun hinweisen.

UN-Generalsekretär Guterres hat hierzu bereits mit Kameruns Präsident Paul Biya Gespräche geführt. Jedoch möchte die kamerunische Regierung derzeit keine Vermittlungsangebote von Drittstaaten annehmen und betrachtet diesen Konflikt als "innerstaatliche Angelegenheit".

Deutschland setzt sich weltweit beharrlich für die Menschenrechte ein. Denn das Engagement für die Menschenrechte ist nicht nur ein Grundwert unserer Außenpolitik – es dient auch deutschen Interessen. Unverzichtbarer Teil einer engeren Partnerschaft mit Afrika ist es daher, afrikanische Ansätze für mehr Frieden und Stabilität auf dem Kontinent zu stärken. In diesem Sinne wird die Bundesregierung ihre langjährige Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und anderen regionalen Organisationen für eine starke afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur fortführen. Maßnahmen zu Grenzmanagement und Polizeiaufbau tragen dazu bei, Grenzkonflikte zu reduzieren und staatliche Legitimität zu stärken.

Die kritische Lage in den Regionen Südwest und Nordwest Kameruns wird regelmäßig von der Bundesregierung und ihren Partnern bei Gesprächen mit kamerunischen Regierungsvertretern angesprochen. Dabei wird auf die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards gedrängt. Zudem war die Lage in den anglophonen Regionen am 16. Januar ein Thema des politischen Dialogs der Europäischen Union und seiner Mitgliedsstaaten mit der Regierung Kameruns nach Artikel 8 des Vertrages von Cotonou.



Die Bundesregierung wird, im Verbund mit den EU-Partnern, weiterhin gegenüber der Regierung auf einen auf Verständigung und Ausgleich ausgerichteten Dialog mit Vertretern der anglophonen Kameruner anmahnen.

Mit freundlichen Grüßen

26 Helge Braun